

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

## Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

**Erscheint**  
wöchentlich drei Mal und  
zwar Dienstag, Donnerst-  
tag und Sonnabend. In-  
sertionspreis: die kleinste  
Zeile 10 Pf.

**Abonnement**  
viertelj. 1 M. 20 Pf. (incl.  
Illustr. Unterhaltbl.) in der  
Expedition, bei unsern Bo-  
ten, sowie bei allen Reichs-  
Postanstalten.

Verantwortlicher Redakteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

38. Jahrgang.

Nr. 116.

Donnerstag, den 1. Oktober

1891.

Infolge Anzeige vom gestrigen Tage ist heute auf Folium 184 des Handels-  
registers für die Stadt

Herr Buchhalter Ernst Oskar Hahn in Eibenstock  
als Prokurist der Firma **Paul Heckel** in **Eibenstock** eingetragen worden.  
Eibenstock, am 30. September 1891.

**Königliches Amtsgericht.**

**Rauisch.**

**Zgr.**

### Gesucht

wird **sofort** ein **geübter Copist** im Alter von nicht unter 18 Jahren. Ge-  
halt **500 bis 550 Mark** jährlich.  
Eibenstock, am 30. September 1891.

**Der Stadtrath.**

**Dr. Körner.**

**Wsch.**

## 10. öffentliche Sitzung der Stadtverordneten

Donnerstag, den 1. Oktober 1891, Abends 7/8 Uhr  
im Rathhauseaal.

Eibenstock, am 29. September 1891.

**Der Stadtverordneten-Vorsteher.**

**Richard Hertel.**

### Tagesordnung:

- 1) Berathung bez. Beschlußfassung in der Schulbauangelegenheit,
- 2) desgl. über die Einführung einer Biersteuer,
- 3) Rathschluß, Abtretung von städtischem Areal zum Sternflügelweg betr.,
- 4) Wahl von unbeforderten Rathsmitgliedern.
- 5) Ev. Weiteres.

### Friedensklänge.

Zu ungewöhnlicher Jahreszeit haben wir April-  
wetter bekommen — nicht in der Natur, wohl aber  
in der Politik. Man brauchte gerade kein profession-  
mäßiger Schwarzzeher zu sein, um die dunklen Wolken,  
die sich seit den Tagen von Kronstadt am politischen  
Himmel zeigten, für unheilswangere und sturmver-  
kündende zu halten. Wir haben seitdem mehrfach  
Stimmungsumschlag beobachten können; die Kriegs-  
furcht behielt aber immer die Oberhand und unter  
ihrem Einfluß stockten Handel und Wandel. Jetzt  
aber vereinigen sich plötzlich wieder die an allen Ecken  
und Enden in Europa geblasenen Friedensschalmeien  
zu einer zauberischen, sinnberückenden Harmonie.

Reichskanzler v. Caprivi, der sonst wenig öffent-  
lich spricht, hat bei einem Regimentefeste in Dena-  
brück am Sonntag die beruhigendsten Versicherungen  
gegeben. Er sprach seine vollste Zuversicht in der  
Erhaltung des Friedens aus und meinte, auch die  
„Annäherungen der Staaten“ in der neuesten Zeit  
gäben keinen Grund zu Befürchtungen; dieselben  
seien nur der Ausdruck schon vorhandener Verhält-  
nisse; vielleicht seien dieselben nichts anderes als die  
Feststellung eines europäischen Gleichgewichts, wie es  
früher bestanden habe. Keine der europäischen Re-  
gierungen wolle, soweit er es zu übersehen vermöge,  
den Krieg, der in seinen Leiden und Folgen alle  
früheren Kriege voraussichtlich übertreffen würde.  
Auch die Verhältnisse im Innern, um welche der  
Kaiser stets bemüht sei, würden zu einem befriedigenden  
Abschluß führen, wenn schon vielleicht erst nach Jahr-  
zehnten. In der wichtigsten Frage sei die Regierung  
sowohl eine Regierung der Arbeiter als eine der  
Arbeitgeber. Wenn es den Arbeitgebern schlecht gehe,  
hätten die Arbeiter zunächst darunter zu leiden. Es  
werde auch unter der Dsnabrücker Stadtvertretung  
Männer geben, denen die Ueberleitung in die jetzigen Ver-  
hältnisse schwer geworden sei; allein diese Herren dürften  
nicht mit ihren Herzen, sondern müßten mit dem  
Verstande rechnen, und dann die Nothwendigkeit der  
jetzigen Verhältnisse erkennen.

Während hier der verantwortliche Leiter der deutschen  
Politik die Kronstädter Verbrüderung in nicht mißzu-  
verstehender Weise als unbedenklich hinstellte, kam  
auf dieselbe gleichzeitig der französische Minister des  
Auswärtigen näher zu sprechen. Bei der Enthüllung  
des in Vapaume dem General Faidherbe errichteten  
Denkmals gedachte Herr Ribot am Sonntage der  
Besuche, die die französische Flotte abgestattet habe.  
Europa habe Frankreich endlich Gerechtigkeit widerfahren  
lassen. (!) Die Vorgänge von Kronstadt hätten in  
den kleinsten Ortsteilen Frankreichs Widerhall ge-  
funden. Es ergab sich hieraus, daß sich Frankreich  
in einer neuen Lage befinde, was aber nicht etwa  
bedeute, daß es sich einer neuen Politik anzupassen  
habe. Die bisher befolgte Politik sei eine so günstige  
gewesen, daß man sie nicht aufgeben dürfe an dem  
Tage, wo ihr Werth vor aller Augen zu Tage trete  
und wo Frankreich beginne, die Früchte derselben  
einzuernt. „In dem Augenblicke, wo wir mit der  
größten Würde in Frieden leben können, werden wir  
uns nicht dem aussetzen, den Frieden zu gefährden.“  
Als dritter im Bunde läßt endlich auch Rußland

die Friedensschalmei ertönen. Der Brüsseler „Nord“  
erklärt nämlich in einem halbamtlichen Artikel, Kaiser  
Wilhelm habe durch die Aufhebung des Paßzwanges  
einen hervorragenden Beweis von Friedensliebe ab-  
gelegt, wofür ganz Europa ihm dankbar sein müsse.  
Die Aufhebung des Paßzwanges sei eine Handlung  
internationaler Friedenspolitik. Ferner veröffentlicht  
die in Paris erscheinende, gleich dem „Nord“ halb-  
amtliche „Correspondence russe“ einen Artikel, in  
welchem ausgeführt wird, daß aus der Nichtbegegnung  
der Kaiser von Deutschland und Rußland keine nach-  
theiligen Schlüsse gezogen werden dürften. Die letzte  
Petersburger Reise des Kaisers Wilhelm wäre auf  
besondere Einladung des Zaren behufs Theilnahme  
an den großen russischen Manövern erfolgt; der Zar  
werde seinerseits den großen deutschen Manövern  
beizuwohnen. Das persönliche Verhältnis zwischen  
beiden Kaisern sei ein äußerst herzliches. Diese  
Friedensbetheuerungen finden endlich noch eine weitere  
Bekräftigung durch eine Meldung der „Magdeb. Ztg.“,  
daß Graf Schuwalow dem Kaiser Wilhelm ein eigen-  
händiges Schreiben des Zaren überbringen werde.

Offen wir, daß dieser schöne Zusammenklang  
Bestand habe und nicht sobald wieder durch furiose  
Mißtöne gestört werde.

### Tagesgeschichte.

— Deutschland. Die verblüffende Thatsache,  
daß die neue russische Anleihe auch in  
Deutschland aufgelegt wird, steht im Mittelpunkt  
der öffentlichen Erörterungen. Die Hauptfrage bildet  
dabei die Stellungnahme der Reichsregierung. Von  
Börsenblättern, welche den beiden beteiligten Ber-  
liner Bankhäusern Mendelssohn und Warschauer  
nahe stehen, wird noch immer behauptet, die Re-  
gierung habe nicht nur keine Einwendungen dagegen er-  
hoben, daß die Anleihe in Berlin zur Zeichnung  
aufgelegt wird, sondern habe sogar erkennen lassen,  
daß ihr dies willkommen sei. Nach der Erzählung  
des Herrn Mendelssohn hat ihm der Reichskanzler,  
als er zu demselben ging, um zu fragen, ob im In-  
teresse der Reichspolitik etwas einzuwenden sei, wenn  
er die ihm angebotene Theilnahme an der russischen  
Anleihe annähme, geantwortet: er hätte nicht allein  
nichts dagegen, sondern es wäre ihm sogar wünschens-  
werth, wenn die Anleihe auch an der Berliner Börse  
aufgelegt würde. Anders lauten dagegen die Erkundig-  
ungen der „Kreuztg.“ Darnach hat sich Herr Mendels-  
sohn, an den von St. Petersburg aus die Aufforder-  
ung herantrat, die Anleihe in Berlin aufzulegen, in  
dem Gefühl, daß es ein wenig sauberes Geschäft sei,  
in das er sich zu vertiefen im Begriff war, behufs  
moralischer Dedung zum preussischen Finanzminister  
Miquel begeben. Von diesem erhielt er den Bescheid,  
daß die Frage eine politische sei; vom Standpunkte  
des Finanzministeriums betrachtet, könne die Heran-  
ziehung deutschen Kapitals für russische Zwecke  
natürlich nicht erwünscht sein. Herr Mendelssohn  
hat darauf das auswärtige Amt bestrahlt, auch  
schließlich Zutritt beim Reichskanzler gefunden, der  
ihm auf seine Anfrage den Bescheid gab, er möge  
thun was er nicht lassen könne, die Reichsregierung  
werde sich neutral verhalten. Bei den bekann-  
ten

Beziehungen der Firmen Mendelssohn und War-  
schauer zum russischen Finanzministerium, bemerkt  
hierzu die „Kreuztg.“, hätte eine andere Antwort  
vielleicht die Folge gehabt, daß sich in russischen  
Regierungskreisen die Ansicht verbreitete, die Reichs-  
regierung habe die Theilnahme an der Anleihe  
verboten. Es mögen Gründe vorgelegen haben,  
die es nicht wünschenswerth erscheinen ließen, daß eine  
solche Vorstellung Platz griff. Auch mag der Reichs-  
kanzler Herrn Mendelssohn für weniger hartbödig ge-  
halten haben, als er es offenbar ist. Der in seinen  
Gedanken von dem großen Geschäft gefangene Bankier  
hörte aus der Antwort ein „ja“ heraus und zog daraus  
den Schluß, daß er auf den Namen des Reichskanz-  
lers sein Geschäft zur Ausführung bringen könne.

— Die „Hamb. Nachr.“ besprechen die Vorgänge  
bei der Entlassung Bismarck's und sagen, daß  
Zwischenschiebungen die Haltbarkeit der verfassung-  
mäßigen Stellung des Reichskanzlers beeinträchtigt  
hätten. Sie hätten stattgefunden von militärischer,  
privater und kollegialer Seite, von konservativen  
Fraktionsführern und auch von höheren Stellen aus.  
Am wirksamsten seien die Beziehungen gewesen, welche  
Kollegen, unter Umgehung des Kanzlers, unter Be-  
kämpfung seiner Politik und unter Benutzung des  
amtlichen Zutritts an höchster Stelle erlangten. —  
Der betreffende Artikel schließt: „Ebenso ungerecht  
wie jener Vorwurf sind die in manchen Blättern ge-  
machten Andeutungen, als ob Fürst Bismarck nach  
dem Wiedereintritte in sein früheres Amt streben  
könne. Wir theilen in Beziehung auf die Unmög-  
lichkeit hiervon vollständig die Ausführung des „Con-  
servativen Wochenblattes“ und wir kennen für dieselbe  
auch noch andere Gründe als die dort dargelegten. —  
Daß wir für unsere Eindrücke spezielle Thatsachen  
anföhren sollten, ist jedoch ein verfrühter Anspruch;  
die Geschichte registriert die Thatsachen erst, wenn die  
Wirkungen, die ein Staatsmann voraussehen kann,  
sich wirklich vollzogen haben. Was schließlich unser  
Recht zur Kritik anlangt, — „Woju in aller Welt  
solche Artikel?“ ward neulich von einer Seite gefragt,  
der das Verständnis für die Aufgabe der Presse zu  
fehlen scheint — so haben die „Hamburger Nach-  
richten“ hier nicht das Bestreben, die gegenwärtige  
Regierung zu bekämpfen oder gar durch eine andere  
zu ersetzen, sondern nur das verfassungsmäßige Recht  
der Presse, die Paragraphen der Reichsverfassung und  
der preussischen Verfassung bezüglich der Ministerver-  
antwortlichkeit der jedesmaligen Regierung gegenwärtig  
zu halten.“

— Nicht uninteressante sozialdemokratische  
Enthüllungen bringt ein Charlottenburger Blatt.  
Ein mit der Parteileitung unzufriedener „Junger“  
veröffentlicht dort eine Serie von Artikeln unter der  
Aufschrift „Hinter den Kulissen der Sozialdemokratie“.  
Unter Anderm wird darin das Folgende ausgeplaudert:  
„Belanntlich wurde mit der Verlängerung des So-  
zialistengesetzes der „Sozialdemokrat“ nach Zürich ver-  
legt. Vier Jahre gelang es, von dort das verbotene  
Blatt nach Deutschland zu schmuggeln. Dann aber  
kam die Polizei hinter die Schliche der Einfuhr und  
der „Sozialdemokrat“ wurde von da ab in London  
gedruckt. Aber auch da dauerte die Herrlichkeit nicht  
lange. Interessant ist, daß die letzte Nummer, die